Offener Brief an alle SPD Mitglieder

Im Dezember 2013 warnte die US-Handelsexpertin und Harvard-Juristin Lori Wallach; „**Das geplante Abkommen (des Freihandels zwischen EU und USA, TTIP) verschiebt die Macht von den gewählten Regierungen und der Zivilgesellschaft hin zu privaten Unternehmen.**“, zitiert vom SPIEGEL Nr.4/2014, S. 60, unter dem bezeichnenden Titel „Der Freifahrtschein“ für die Großkonzerne in alle unsere Lebensbereiche.

Wir - befreundete Wissenschaftler, Lehrerinnen und Juristen - möchten Sie gern daran erinnern, dass Ihre Partei **laut Art.21. Abs.2 unseres Grundgesetz** in keiner Weise **unsere freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen darf**. Deshalb möchten wir Sie auf die folgenden Möglichkeiten in Ihrer Partei aufmerksam machen. Die Mitglieder Ihrer Partei können **Mitgliederbegehren starten** oder **gemeinsam Anträge an den baldigen Parteikonvent stellen**. Sie brauchen keinesfalls tolerieren, dass das schon ausgehandelte Freihandelsabkommen CETA mehrfach **gegen das Völkerrecht, das EU-Recht und deutsches Grundgesetz verstößt** (s. ausführlich Rechtsgutachten der Universität Bremen

http://www.attac-muenchen.org/fileadmin/user_upload/Gruppen/Muenchen/Papiere/CETA-Rechtsgutachten_Oktober_2014_Fischer-Lescano_Uni_Bremen.pdf)

Zuerst möchten wir auf **die wichtigsten Rechtsverstöße** hinweisen und dann auf Ihre notwendigen Anträge eingehen.

1. Die EU-Kommission war und ist gar nicht befugt, die Abkommen CETA und TTIP verbindlich für die EU-Staaten so auszuhandeln. Die Handelspolitik, für die sie zuständig ist, betrifft ausschließlich ausländische Direktinvestitionen (s. Art.207 Abs. AEUV), nicht aber Finanzdienstleistungen, die in die Verträge einbezogen worden sind.

2. Die kommunale Selbstverwaltung ist im Unionsrecht Baustein des pluralistischen Verbunds. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung beinhaltet (Art.307 AEUV) die Anerkennung regionaler Selbstbestimmungsmöglichkeiten. **CETA und TTIP greifen in die geschützten gemeindlichen Selbstverwaltungsrechte vielfach (z. B. mit der Negativliste oder sog. Ratchet-Klausel) ein.**

3. Private Schiedsgerichte in den Freihandelsabkommen CETA und TTIP verstoßen gegen unser Verfassungsrecht. Deutschland und die EU dürfen diese Abkommen mit den jetzt bekannt gewordenen Klauseln über Investorenschutz und private Schiedsgerichte nicht abschließen. Diese Klauseln verstoßen gegen deutsches Verfassungsrecht, Recht der EU und bedeuten einen Systembruch des Völkerrechts.

4. Auch das Wahlrecht der Bürger/innen wird durch CETA nicht nur verletzt, sondern auch schon ausgehöhlt. Durch die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA erhalten die Investoren solche enormen Rechte, **dass der Staat seine Schutzfunktion verliert**. Der Bürger kann zwar wählen, wen er will, aber er kann keine Veränderungen mehr mit seinem Wahlrecht herbeiführen. **Die Verwaltungen bzw. die Politiker werden weitgehend entmachtet.**

5. Das CETA hätte grundgesetzkonform zustande kommen müssen. Das war nicht der Fall. Das Grundgesetz spiegelt in Art. 23 Grundgesetz den unionsrechtlichen Grundsatz der „begrenzten Einzelermächtigung“ verfassungsrechtlich wider. Die Unionsorgane haben nur die Kompetenzen, die ihnen jeweils im Einzelnen übertragen worden sind. Für den hier interessierenden Bereich des Handels- und Investitionsschutzes bedeutet dies, dass im Hinblick auf **die Materien, bei denen der Europäischen Union die Kompetenz (s. Art. 207 AEUV) fehlt**, eine völkervertragliche Einbeziehung des nationalen Gesetzgebers notwendig ist.

Sie könnten sich mit Anträgen an den Konvent wenden und nach den wichtigsten Vorschlägen von Markus Töns, Mitglied der SPD-Fraktion im Landtag NRW, die folgenden Nachbesserungen zu CETA und TTIP verlangen: 1. Streichung der Klauseln über private Schiedsgerichte 2. Streichung der Ratchet-Klausel (Sperrklausel) 3. Erstellung einer Positivliste 4. keine Gentechnik in der Landwirtschaft 5. Verzicht auf s. g. „Regulatorische Kooperation“ 6. Klauseln zur Kündigungsmöglichkeit der Verträge 7. Bewahrung der Entscheidungsfreiheit der Kommunen.

Die bisherigen Ergebnisse nach 20jähriger Laufzeit von NAFTA:

1. Verlust von 700 000 Arbeitsplätzen allein in den USA.

Offener Brief an alle SPD Mitglieder

2. Existenzverlust von über einer Millionen Bauern in Mexiko.
3. Die soziale Ungleichheit in allen drei Ländern gestiegen.
4. Der Investitionsschutz wird von den Konzernen ausgenutzt, um Entscheidungen für den Umweltschutz u. a. vor Schiedsgerichten anzugreifen.
5. Der Staats hat deutlich an Macht verloren

Die angeblichen Vorteile von den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA:

Laut der eigenen Studie des ehemaligen Handelskommissars de Gucht, wird TTIP ein zusätzliches Wachstum von gerade mal winzigen 0,5% und das in 10 Jahren bringen!!! Das macht pro Jahr 0,05%, das ist nicht der große Effekt, von dem die EU-Kommission immer spricht.

(Quelle: „Freihandelsabkommen: das Märchen vom Jobwunder“ – Monitor 30.01.2014

https://www.youtube.com/watch?v=2M2a_O-cdjk)

2. Auch der Hauptautor sämtlicher deutscher Studien Prof. Gabriel Felbermayr vom ifo-Institut hält unterm Strich die Effekte der Freihandelsabkommen selbst für gar nicht so groß: bei Beschäftigung ein Zuwachs von 0,4 %. Er bestätigt, dass die Politik und das Wirtschaftsministerium die kleinen Zahlen als Jobwunder verkaufen. (Quelle: „Freihandelsabkommen: das Märchen vom Jobwunder“ - Monitor 30.01.2014 https://www.youtube.com/watch?v=2M2a_O-cdjk)

Die Realität von HEUTE

Nirgends wird Emmanuel Gaillard von der SPD erwähnt. Er – und nicht Präsident François Hollande – gilt als der mächtigste Franzose der Welt. In der New Yorker Kanzlei Shearman & Sterling leitet er die Abteilung für private Schiedsgerichtsverfahren gegen Staaten. Weil die Schiedsgerichtsbarkeit bereits funktioniert, braucht man darüber auch kaum noch weiter verhandelt werden.

Rumänien hat den Gewinn der Getränkeabfüllanlage von Joan und Viorel Micula geschmälert. Gaillard hat geklagt, Rumänien muss 250 Millionen Dollar zahlen. Der vormalige kommunistische Jugendführer und spätere russische Oligarch Mikail Chodorkowskis ist aus der Haft entlassen worden. Bedingung war seine Verpflichtung, den russischen Staat nicht zu verklagen. Er ist in die Schweiz geflüchtet und hat seine Ansprüche an Leonid Newslin abgetreten. Für ihn hat Gaillard 50 Milliarden Dollar Schadenersatz erstritten. Die Forderung ist in 150 Staaten vollstreckbar. Argentinien ist verurteilt worden, weil es den Wasserpreis nicht so erhöht hat, wie der Wasserkonzern SAUR es wollte. Kanada musste den Krebs fördernden Benzinzusatz MMT wieder zulassen und für das Verbot die US-Firma Ethyl entschädigen. Wegen des Atomausstiegs hat Vattenfall Deutschland auf 3,5 Milliarden Euro verklagt. Die Bundesregierung wird von der US-Kanzlei McDermott Will & Emery vertreten. Kosten schon vor Prozessbeginn: 3,2 Millionen Euro.

FAZIT:

Nach England gelieferte Autos müssen mit der Lenkung rechts gebaut werden. Die Industrie muss es schlucken. Kabelbäume könnten auch ohne neue Freihandelsabkommen vereinheitlicht werden. Darum sollten sich Normungsingenieure kümmern. Die SPD scheint bis jetzt bereit zu sein, die Welt einer kleinen Kaste von ca. hundert Juristen zu unterwerfen, die nur milliardenschweren Private Equity und Hedge Fonds verpflichtet sind. Jetzt schon sind 200 Verfahren anhängig. Bei vielen geht es um Milliarden, die von vielen Millionen Steuerzahlern in die Taschen der „Herren der Märkte“ fließen, die der Welt ihre Regeln aufzwingen – und an angelsächsische Anwälte, die in den Schiedsgerichten zugleich auch die Richter sind. Einspruch und Berufung gibt es gegen die Urteile dieser Privatpersonen über Staat und Kommunen nicht **Der totale Markt versetzt der Demokratie den Todesstoß. Er ist wie der totale Krieg, gegen den unsere Vorfahren sich auch nicht gewehrt haben.** Auch die SPD hat mit ihrem bisherigen Verhalten leider keine Grenze gezogen gegen die von den Konzernen geplante (und anderswo in der Welt schon durchgesetzte) Aushöhlung Staates und Gesellschaft.

Wollen SIE die vorhandenen Rechtsverstöße in den Freihandelsabkommen weiterhin tolerieren?

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen als (noch) SPD-Wähler (in großer Sorge) herzlich.